



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 20
10. Jahrgang

7. Oktober 1942

Richard Soupart

(ITF) "De Zeeman", das in London erscheinende neue Organ des Belgischen Transportarbeiterverbandes, schreibt: "Vor einiger Zeit hörten wir, dass sich unter unseren Landsleuten, die durch Sabotage den Nazis das Leben schwer machen, ein Soupart befand, der am 16. Januar 1942 vom deutschen Kriegsgericht in Bergen zum Tode verurteilt und am 10. Februar hingerichtet wurde. Wir dachten sofort an einen unserer Kameraden, aber wir wagten nicht das zu sagen oder zu schreiben, weil wir unserer Sache nicht ganz sicher waren". Ein Photo in der illegalen Zeitung "Drapeau Rouge" (Rote Fahne) beseitigte alle Zweifel. "Das Opfer ist unser junger Freund Richard Soupart, der vor dem Krieg im belgischen Transportarbeiterverband arbeitete".

Illegale Zeitungen hatten berichtet, wie der Chemiker Soupart als Leiter einer Sabotagegruppe verhaftet worden war. Deutsche Feldpolizei stellte ihn, aber es gelang ihm zu entkommen; ein Deutscher fand dabei den Tod. Soupart verbarrikadierte sich in seiner Wohnung in Houdeng. Einen ganzen Tag hindurch schlug er die deutschen Gendarmen zurück; doch dann holten diese seine Eltern und trieben sie als Kugelfang vor sich her. So konnten sie ins Haus gelangen.

Soupart war zunächst Leiter der Ortsgruppe Bergen des Transportarbeiterverbandes gewesen. 1938 kam er in das Hauptbüro des Verbandes nach Antwerpen, wo er u.a. die Redaktion der Zeitschrift "Transports Routiers" übernahm. "Nach der Mobilisierung rückte er ein und der Bericht über seine Hinrichtung war der erste, was wir seitdem von ihm hörten. Als Soldat tat er sicher seine Pflicht; er hat als Antifaschist nicht versagt".

Langsamarbeiten für
Zusatzrationen

(ITF) Auf dem Bahnhof der südfranzösischen Stadt Avignon haben 50 Kohlenschipper, die bisher Schwerarbeiterrationen bekamen, verlangt, dass ihnen genau wie den Lokomotivführern und Heizern Schwerarbeiterrationen bewilligt würden. Als ihr Antrag abgelehnt wurde, begannen sie mit der Begründung, dass sie zu erschöpft und unterernährt seien, langsamer zu arbeiten. Die Eisenbahnverwaltung plant disziplinarische Massnahmen.

(Für die Red.: Ende August.)

7 - 8 Millionen ausländische
Zwangsarbeiter

müssen heute fern der Heimat für Hitlers Kriegsmaschine arbeiten. Mitte September arbeiteten im deutschen Reichsgebiet - nach einer Schätzung der "Frankfurter Zeitung" - 5 1/2 bis 6 Millionen ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene; allein seit der Ernennung des thüringischen Nazi-Gauleiters Sauckel zum "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" (am 21.III.42.) seien zwei Millionen ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene nach Deutschland gekommen. - Jeder dritte Arbeiter in Deutschland ist also heute Ausländer, jede neunte Arbeiterin ist Ausländerin.

Die Zahl der fern ihrer Heimat in einem der von deutschen Truppen besetzten Ländern arbeitenden ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen beträgt wahrscheinlich mindestens 1 1/2 Millionen.

Mit diesen Deportationen wird ein politischer Nebenzweck verfolgt. Arbeiter verschiedener Nationen sollen durcheinandergewirbelt werden, um die Zusammenarbeit Unzufriedener zu erschweren und aus den Gebieten, die unter Umständen Kampfgebiet werden, sollen möglichst viele kampffähig

hige Männer deportiert werden; deswegen verlangt Hitler z.B. für einen freigelassenen französischen Kriegsgefangenen drei französische Arbeiter. Bei diesem Auskämen der besetzten Gebiete entstehen Lücken, die mit deutschen Arbeitern ausgefüllt werden sollen. Deutsche Arbeiter scheinen sich aber nicht um diese Arbeit im besetzten Gebiet zu reissen. Die deutsche Lokalpresse veröffentlichte daher eine Verordnung Sauckels, die festlegt, dass jeder deutsche Arbeiter jederzeit an jeden Ort eines der besetzten Gebiete Europas geschickt werden kann, mit dem drohenden Kommentar: "Gefolgsleute, die sich weigern, im besetzten Gebiet zu arbeiten, machen sich nach der Anordnung zum Arbeitsvertragsbruch strafbar". Diese Anordnung droht Widerpenstigen schwerste Freiheitsstrafen an. - (ITF)

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 15.IX., "Berliner Lokalanzeiger", 11.IX.42., Anordnung vom 18.VIII.42.)

Wehrlos in Hitlers Kriegsmaschine

(ITF) Die "Frankfurter Zeitung" berichtet: Ein Maschinenschlosser, der als Arbeitsunfähiger Invalidenrente bezog, hatte sich im März 1941 freiwillig wieder beim Arbeitsamt gemeldet. Er wurde als Schlossergeselle vermittelt. Nach einem Jahr sah er, dass die Arbeit für ihn auf die Dauer zu schwer war und kündigte seine Stelle "mit der Begründung, er könne die schwere Arbeit nicht mehr verrichten". Der Betrieb gab ihn aber nicht frei. "Auch das Arbeitsamt Frankfurt hat die Zustimmung zur Kündigung des Maschinenschlossers abgelehnt", nachdem der Vertrauensarzt des Arbeitsamts den Invaliden untersucht und für arbeitsfähig erklärt hatte. Der den Invaliden behandelnde Arzt und der Vertrauensarzt der Invalidenversicherung aber gaben dem Invaliden recht. Auf diese Gutachten gestützt, versuchte der Invalide sein Glück beim Arbeitsgericht. Dort erklärte er, er habe sich doch freiwillig gemeldet und müsse deshalb das Recht haben, aus gesundheitlichen Gründen wieder auszuschcheiden. Das Arbeitsgericht aber antwortete ihm, das sei falsch; die Meldung sei zwar freiwillig erfolgt, aber über das Recht zum Ausscheiden aus gesundheitlichen oder anderen Gründen entscheide ausschliesslich das Arbeitsamt. Und gegen dessen Entscheidung gäbe es keine Berufung.

Ein Opfer der Nazipropaganda ist durch bittere Erfahrung geheilt.

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 11.IX.42.)

Die Arzneimittelknappheit in Deutschland

macht sich so fühlbar, dass Industriebetriebe versuchen, Arzneimittel im Grossen einzukaufen, um erkrankten Arbeitern und Angestellten helfen zu können. Hitlers Innenminister verbietet ihnen (Ende August) diese Hilfe. Sie dürfen nur noch bei plötzlichen Erkrankungen und Verletzungen im Betriebe Medikamente abgeben. (ITF)

Der allmächtige Nazi-Unternehmer

(ITF) Die polnischen Arbeiter im "Generalgouvernement" sind völlig vom Unternehmer abhängig. Sie erhalten für ihre Arbeit zwar einen niedrigen Lohn, doch die Rationen sind so knapp und die Schleichhandelspreise so hoch, dass Arbeiter, die auf die normale Versorgung angewiesen sind, von Kräften kommen. Sie erhalten deshalb Rationen über den Betrieb. Die Höhe der Rationen hängt u.a. vom Wohlverhalten der Arbeiter und vom Wohlwollen der Betriebsleitung ab. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtet (am 12.VIII.) über dieses System: "Es ist für den Betriebsführer zur Erledigung eines bestimmten Auftrages nicht mit der Sicherstellung des Rohstoff- und Kapitalbedarfs und der Arbeiter getan. Seine Sorge erstreckt sich bis in die private Sphäre, er muss diesen Arbeitern Lebensmittel, Kleidung und andere Bedarfsgüter liefern, damit er ihre Leistungsfähigkeit praktisch überhaupt beanspruchen kann (!). Wenn die Beschaffung auch auf normalem Wege erfolgt, so setzt die Fürsorge gerade auf diesem Gebiet eine saubere, gerechte Gesinnung voraus, die im allgemeinen ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Bereitschaft der Fremdvölkischen zu höchster Leistung kann in den gegebenen Grenzen eine Würdigung erfahren, die ein achtbares Verhältnis herstellt und einen Ansporn zu geben geeignet ist. Mit solchen Bemühungen leistet der Betriebsführer hier einen entscheidenden Beitrag, um die Wirtschaft des Generalgouvernements zu dem Instrument zu machen, dessen vor allem unser Ostheer bedarf".

In Norwegen wurde - wie berichtet - das gleiche System eingeführt.

Deutsche Unternehmer als Betriebspolizei

(ITF) Das deutsche Reichsarbeitsgericht hat festgelegt, dass kein Arbeitsgericht gegen Unternehmer vorgehen darf, die Arbeitern auf Grund des Nazi-Arbeitsordnungsgesetzes Geldstrafen vom Lohn abziehen. Geldstrafen sind (in Deutschland) "der Betriebsgemeinschaft (!) eigentümliche

Zwangsmittel, die betriebspolizeilichen oder wenigstens polizeiähnlichen Charakter haben. Die Entscheidung darüber, ob und in welcher Höhe (innerhalb des zulässigen Strafrahmens) eine Busse verhängt werden soll, unterliegt lediglich dem pflichtmässigen Ermessen des Führers des Betriebes. Eine Busse kann daher auf ihre blosse Angemessenheit hin vom Gericht nicht nachgeprüft werden". - (Für die Red.: Entscheidung vom 14.IV.42. RAG 167/41.)

Erfolgreiche Lohnbewegung
dänischer und deutscher
Seeleute

(ITF) Dänische Seeleute weigerten sich, in den durch britische und russische Flugzeuge, U-Boote und Minen gefährdeten Zonen der Nord- und Ostsee zu fahren. Den Matrosen und Heizern ist schliesslich der Kriegsrisikozuschlag um 20 bis 25% erhöht worden, den Offizieren um 15 bis 25%.

Um an Land liegende Seeleute auf die Schiffe zurückzubringen, wurde den dänischen Seeleuten, die sich durch die Kopenhagener Radiosendung vom 18. April 1941 aus den USA nach Dänemark zurücklocken liessen, vom dänischen Handelsministerium für die Zeit vom 1. Juli bis zum 1. Januar eine Unterstützung in Höhe von 50% der in den USA aufgegebenen Heuer in Aussicht gestellt. Auf diese Weise will man Adressen erhalten. "Die Nutzniessenden sollen von den Organisationen (der Seeleute und Schiffsoffiziere) betreffs ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten überwacht werden", berichtet zufrieden die deutsche Schifffahrtspresse.

Seeleuten auf den von der deutschen Kriegsmarine gecharterten Schiffen wurden bisher höhere Heuern gezahlt als der Besatzung der Schiffe der freien Fahrt. Sie erhielten ausserdem bessere Verpflegung und ausreichende Kleidung; sogar der Matrose der Kriegsmarine, der auf Schiffen der freien Fahrt das Bordgeschütz bediente, erhielt höhere Rationen als die übrige Besatzung. Das gab Anlass zu grosser Unzufriedenheit. Da jetzt, bei der Ueberlastung der Eisenbahnen, die Seeleute dringend gebraucht werden, wurden die beiden Gruppen ab 1. September finanziell gleichgestellt. Bessere Ausrüstung und volle Kriegsmarinerationen wurden versprochen und bei Verwundung und Tod sollen künftig die Versorgungssätze der Kriegsmarine gelten. - Die Reeder werden vom Staat schadlos gehalten.

(Für die Red.: Dänemark: "Politiken", Kopenhagen, 5.VIII.; Deutschland: Hamburger Presse, 4. u. 10.IX.42. Vgl. An Bord eines deutschen Schiffes - an anderer Stelle dieser Ausgabe.)

Verschärfte Ueberwachung
norwegischer Fischer

(ITF) Drei Viertel aller norwegischen Fischerboote, etwa 2000 Fahrzeuge, wurden von den deutschen Besatzungsbehörden requiriert. Einige der Boote müssen jetzt für die deutschen Truppen fischen. Die Besatzungen aller norwegischen Fischerboote und Küstenfahrzeuge müssen seit Mitte Juni einen von der Polizei ausgestellten Grenzschein haben.

Verhinderte Lohnkürzung

(ITF) Bei Beginn ihres Krieges hatte die Nazi-Diktatur mit einem Federstrich den deutschen Arbeitern alle Lohnzulagen für Sonderarbeiten gestrichen. Heftige Betriebsbewegungen zwangen die Diktatur wenige Monate später, die gestrichenen Zulagen wieder auszuzahlen. Jetzt stellt sich heraus, dass die Arbeiter damals durch ihr geschlossenes Auftreten eine empfindliche Lohnkürzung verhindert haben. Im "Sozialen Deutschland" teilt der Staatssekretär Syrup mit, dass damals "an eine Anpassung der Löhne an die verminderten Konsummöglichkeiten gedacht war".

(Für die Red.: "Soziales Deutschland", 25.VI.42.)

In Kirkenes unterm Hakenkreuz

(ITF) Ein Norweger berichtet über Beobachtungen in Kirkenes, dem Zentrum der deutschen Festungsbauten in Nord-Norwegen: Die Stadt ist ein einziges grosses Militärlager, es wimmelt von deutschen Soldaten. Unendlich viele Baracken, Lagerhäuser etc. rings um die Stadt. Oeffentliche Gebäude und viele Privatwohnungen wurden von den Deutschen beschlagnahmt. Einheimische Frauen und Kinder sind in grösstem Mass evakuiert worden. Die aus den Wohnungen Verjagten durften keine Möbel mitnehmen.

Die Lebensmittelrationen sind äusserst knapp, da die Zufuhren sehr unregelmässig erfolgen. Von Neujahr bis Ostern 1942 hatten wir überhaupt kein Fleisch; in 8 Wochen hatten wir einmal nur 1 kg Kartoffeln pro Person. Daspäter ausgeteilte gehackte Fleisch war mit Fisch gemischt, davon gab es 300 gr jede 2. oder 3. Woche. Milch und Käse bekamen wir überhaupt nicht, nur Kinder unter 2 Jahren hatten ab und zu etwas Milch. Sonst gab es etwas kondensierte Milch. Eier gab es kaum. Fisch war daher die Hauptnahrung. Als Fett gab es fast nur Tran. Die Hartbrotrationen waren sehr klein. Sobald es heisst, es sei ein Schiff mit Waren gekommen, stehen riesige Schlangen an nach Seife, Tabak u.a.

Vom Kriegsausbruch mit Russland bis zum Juli 1942 hatte die Stadt über 400 Fliegeralarme und viele Bombenangriffe. Relativ wenig Zivileigentum wurde beschädigt, aber viel Militäranlagen. Besonders erfolgreich war der Angriff vom 13. Juli, bei dem über 100 Deutsche umkamen, eine Autowerkstatt und ein grosses Materiallager völlig zerstört wurden. Die Kirkeneser nehmen die Angriffe mit gutem Humor auf. Ein alter Arbeiter sagte mir: "Russische Fliegtiere sind himmlische Musik".

Man spricht viel über die Haltung der deutschen Soldaten. Die ersten Truppen waren wohldressierte SS-Waffenformationen. Dann kamen Gebirgsjäger, die das ganze als eine grosse Sportsache auffassten. Aber 2 Jahre später waren sie dumpf, resigniert oder auch offen missmutig. Die Verpflegung wurde schlechter, es gab keinen Urlaub, der dunkle Winter, die Tatsache, dass es aus mit dem "Blitzkrieg" war, waren die Ursache. Die Soldaten, vor allem Oesterreicher, hören Moskau und London. Einheimische haben öfter Gelegenheit, 'Londonradio' zu hören - an Apparaten deutscher Offiziere. In Svanvik soll sich ein Offizier erschossen haben, nachdem er zuvor noch eine Rede vor den Soldaten gehalten und gegen den Krieg gesprochen hatte. Der SS-Scharführer Schmidt, der Befehl bekommen hatte, zum 2. Mal an die russische Front zu kommen, erschoss erst einen Kameraden, dann sich selbst. Im Sommer desertierten viele in kleinen Trupps von 3 - 4 Mann. Die russischen Flugblätter, die zum Ueberlaufen aufforderten, hatten Wirkung.

Anfang Juli kamen Scharen Deutscher als Gefangene nach Kirkenes. Ein deutscher Unteroffizier sagte, diese hätten sich alle geweigert, länger zu kämpfen. Sie wurden auf 10 Straflager verteilt, ausserdem einige auf das in Jakobsnes liegende Schulschiff "Sörlandet" gebracht. Aber man weiss, dass das Gros der Soldaten weiter mitmacht und Disziplin hält. Es wird erzählt, dass ein deutscher General, als er gefragt wurde, wie lange der Krieg dauert, sagte: Bis die Engländer Ratten und wir selbst Rattenersatz essen!

Auch die dortigen Lehrer haben die Protestaktion der Lehrer mitgemacht. Auch sie wurden zu Zwangsarbeit kommandiert, aber sehr bald wieder freigegeben und wieder in ihr Amt gesetzt, ohne dass Forderungen an sie gestellt wurden. Den von ausserhalb gekommenen Lehrern wird dauernd geholfen. Die deutschen Soldaten sehen dabei durch die Finger.

Ca 2 1/2% der Bevölkerung der Gegend sind NS-Mitglieder geworden, ein Teil der Hirten (Quisling-SA) sind notorische Verbrecher. Sie werden bitter gehasst.

Die Sonntagsschichten im belgischen Bergbau

stossen auf hartnäckigen Widerstand. Im ersten Vierteljahr ihrer Einführung sind nach Mitteilung der deutschen Militärverwaltung 10% der in Städten und 50 - 60% der in Dörfern wohnenden

Bergarbeiter nicht zur monatlichen Sonntagsschicht erschienen. Vor der für den 9. August festgesetzten Augustsonntagsschicht erliess der Militärbefehlshaber eine bezeichnende Verordnung. Er begann mit Versprechungen: Bergarbeiter, die in der Sonntagsschichtwoche 7 Schichten verfahren, erhalten für die Sonntagsschicht 100% Lohnzuschlag; Sonntagsschichtler erhalten für den Schichttag doppelte Lebensmittelration, sie dürfen 25 Zigaretten und 100 kg Kohle über die Ration kaufen. Dann folgten Drohungen: Bergarbeitern, die zur Sonntagsschicht nicht einfahren, wird ein voller Schichtlohn abgezogen und für die laufende Lohnperiode die Zusatzration gekürzt. - (ITF)

(Für die Red.: "Volk en Staat", Antwerpen, 13.VIII.42.)

Angriff auf eine Rundfunkstation

(ITF) Holländische Zeitungen druckten (am 12.VIII.) einen Erlass des deutschen Militärbefehlshabers ab, in dem es heisst: "In einer der letzten Nächte haben verbrecherische Elemente versucht, einen Sabotageanschlag auf eine Sendeeinrichtung in Holland versucht. Einige der Täter wurden, nachdem sie Widerstand versucht hatten, überwältigt und verhaftet". -

Die Kurzwellenstation PHOHI, die nach Indonesien sandte, sendet nicht mehr. Ihr Dienst wurde von Zeesen übernommen.

Misstrauen gegen faschistische Bonzen

(ITF) Im "Popolo d'Italia" beklagt sich ein Sekretär der faschistischen Partei über das schwere Leben des schwarzen Parteibonzen. Alles misstraut ihm. "Er muss wie in einem Glashauss leben.

Alle Blicke sind auf ihn gerichtet, alle sind bereit, 'Skandal' zu rufen und Lawinen von anonymen Briefen zu schicken". - Von Zeit zu Zeit erpresst er von Parteimitgliedern Geldspenden; dann "liest er deutlich in den Augen des Erpressten den Gedanken, dass die Spende in wer weiss welchen Taschen landen wird..." - (Für die Red.: "Popolo d'Italia", 1.VIII.42.)

Frankreichs Arbeiter
gegen die Deportation

(ITF) Laval hat versucht, für seine Politik die Unterstützung einiger Gewerkschafter zu erhalten. Er hat in Paris unter dem Vorsitz eines Gabriel Lafaye ein "Informations- und Propagandakomitee für Arbeiterfragen" (Comité d'Information et de Propagande Ouvrières) eingerichtet. In diesem Komitee sitzen neben den Herausgebern des "Atelier", der Zeitschrift der Gewerkschaftsgleichschalter, einige Doriot-Faschisten, einige Ex-Kommunisten und einige Sekretäre freier und christlicher Organisationen. Hauptaufgabe dieses Komitees ist zur Zeit die Werbung von Arbeitern für Deutschland. Doch die Gewerkschafter stehen nicht hinter den Gleichschaltersekretären. Bei den Eisenbahnern, deren entschlossen antifaschistische Haltung in ganz Frankreich bekannt ist, haben sie so wenig Erfolg, dass (Mitte September) ein besonderer Druck auf Vichy ausgeübt wurde; Eisenbahner nach Deutschland zu deportieren.

Laval hat auch versucht, im unbesetzten Gebiet eine ähnliche Propagandaorganisation aufzuziehen. Er hat Bertin, dem Redakteur der von Belin, dem herausgeworfenen Arbeitsminister Pétains, aufgepöppelten Vichy-freundlichen Zeitung "Au Travail" und 11 seiner Mitarbeiter (am 12.VII.) zu einer Besprechung geladen und ihnen auseinandergesetzt: Es gäbe 2 Nazi-Fraktionen in Deutschland; die eine wolle Frankreich vernichten, die andere wolle sich mit Frankreich verständigen. Durch Anwerbung von Arbeitern für Deutschland stärke man die Position der 2. Fraktion und deshalb sollten die Belinisten ihm helfen. Aber die Empörung der Arbeiter über die Deportationsmassnahmen ist so gross, dass "Au Travail" zunächst überhaupt nicht wagte, den Propagandafeldzug, "Geht nach Deutschland", mitzumachen. Ein Teil seiner Mitarbeiter hatte sogar mit Rücksicht auf die Stimmung der Arbeiter verlangt, dass die Zeitschrift eher ihr Erscheinen einstelle, als sich an dieser Propaganda beteilige. "Au Travail" ist in diesen Monaten einige Male nicht erschienen - als Grund wurde Papiermangel angegeben; schliesslich hat "Au Travail" die Propaganda mit einiger Zurückhaltung mitgemacht. Bertin wusste daher, was die Arbeiter von den Deportationsmassnahmen denken. Er erklärte Laval, Sekretäre, die einem derartigen Komitee beitreten, würden sich bei den Arbeitern so kompromittieren, dass ihre Unterstützung für Laval wertlos wäre. Bard, der Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, bestätigte das. - Unter den Bergarbeitern ist der Widerstand gegen die Lavalpolitik vielleicht noch stärker als unter den Eisenbahnern.

Im unbesetzten Gebiet wurde kein Propagandakomitee gegründet.

Auf einem deutschen Schiff

(ITF) Ein deutscher Seemann berichtet: Wir fahren zwar nur an der Küste entlang, aber das ist heute keine einfache Sache, besonders wenn es so jämmerlich zugeht, wie bei uns auf der... Ausser mir gibt es kaum befahrene Seeleute an Bord, die übrigen sind entweder ganz junge Kerle unter 18 oder Aeltere, die aus irgendwelchen Gründen militäruntauglich sind. Das sind vor allem Kriminelle (d.h. kriminell Vorbestrafte). Auf anderen Schiffen haben sie eine Menge Ausländer: Belgier, Holländer, Letten, Litauer, Esten und Staatenlose. Unter den Ausländern sollen häufig Leute sein, von denen bekannt ist, dass sie Kommunisten, Sozialisten oder Syndikalisten sind; sie sagen das manchmal ganz offen. Aber man braucht sie eben. Die Ausländer dürfen im Heimathafen (des Schiff's) nicht an Land; man sagt, dass sie auch im Ausland nicht von Bord dürfen. Aber sonst bekommen sie alles wie wir und können sich auf dem Schiff genau so "frei" bewegen wie wir deutschen Seeleute.

Seit einiger Zeit sind bei uns und auch auf anderen Schiffen Hitlerjungen zwischen 12 und 15 Jahren. Die müssen vor allem in der Küche helfen und die Mittschiffsgäste (Offiziere) bedienen. Man hält sie sonst streng getrennt von der übrigen Mannschaft, denn sie sind so eine Art Bordpolizei. Sie wurden mit Handwaffen ausgebildet und haben Gewehre und Revolver. Im Hafen und auf See spielen sie gern damit. Sie sollen dem Alten (Kapitän) helfen, mit der wirklich wenig Vertrauen erweckenden Besatzung fertig zu werden. - Da das Schiff natürlich unterbemannt ist, müssen wir fast so viel Ueberstunden machen wie normale Stunden. Das Essen ist bei uns und auf den meisten anderen Schiffen sehr schlecht. In Hafenwirtschaften gibt es nur Eintopfgerichte mit "Frag-mich-was" drin. Wenn man sich mal ordentlich satt essen will, dann muss man 30-40 Mark anlegen. Dafür gibts aber auch was.

Wer Schwein hat und ins Ausland kommt, verdient sich noch was mit Schmuggeln. Für Zigaretten und Zigarettenpapier kann man dort Seife und alte Kleider bekommen. In der Schweden- und Dänemarkfahrt verdient man dabei dicke. Die Gestapo ist beim Schmuggeln oben dran. Die versteht's!

Wir sind zweimal ganz kurz auch in Hamburg gewesen, einmal vor dem Bomben. Da hat es in den Volksküchen Krach gegeben. Die haben sie unter freiem Himmel. Sie geben dort das Essen auf offener Strasse an Holztischen aus. Nach dem Bomben sah es in der Altstadt und vor allem in Barrbeck ganz schlimm aus. Wo mein Freund... wohnt, ist die ganze Nebenstrasse wegrasiert.

Im Hafen haben sie aber schon viel wieder repariert. Ulkig ist, was sie für Tarnungen fertigbringen. Grosse Lagerschuppen haben sie als Kirchen getarnt. Andere haben sie so hübsch angemalt, mit lauter Blumen darauf, dass sie aussehen wie eine Wiese.

Der Kampf der norwegischen Gewerkschafter

(ITF) Zum 2. Jahrestag der Einsetzung der Osloer Nazi-Regierung durch Hitlers Statthalter planten die norwegischen Quislings die Einberufung einer Korporativen Kammer

(Riksting), die ihrer Scheinregierung eine Scheinlegalität geben sollte. Stützen dieses Scheinparlaments sollten die gleichgeschalteten Organisationen werden: die Gewerkschaften, Wirtschafts-, Bauernverbände etc. Es verlautete, dass für den gleichen Tag endgültig die Gründung einer Norwegischen Arbeitsfront vorgesehen sei. Als diese Pläne in Norwegen bekannt wurden, setzte in den Betrieben eine Austrittspropaganda ein. Quisling trat ihr (am 10. IX.) mit einem Vereinsgesetz entgegen: alle Organisationen von öffentlicher Bedeutung - wie Gewerkschaften, Unternehmerverbände - müssen zur Registrierung gemeldet werden. Das Büro kann Organisationen auflösen und ohne seine Zustimmung darf keine Neubildung erfolgen. Leitende Funktionäre der Gewerkschaften dürfen nach diesem Gesetz ihre Funktionen nicht niederlegen, alle Arbeiter müssen den gleichgeschalteten Verbänden einen Beitrag zahlen. Auf Zuwiderhandlungen stehen Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten und hohe Geldstrafen.

Dieses Gesetz schien die Gerüchte über die Arbeitsfrontpläne zu bestätigen. Die Gewerkschaften holten daher zum Gegenschlag aus. Zwei Tage später erschien das illegale Gewerkschaftsorgan "Fri Fagbevegelse" (Freie Gewerkschaft) mit einer Gedenknummer an die im September 1941 in Oslo ermordeten Gewerkschafter. Diese in sehr grosser Auflage verbreitete Nummer enthielt eine Aufforderung zum Austritt aus den gleichgeschalteten Gewerkschaften. Der Appell wurde befolgt. In Oslo sah sich die Post gezwungen, zur Beförderung der Flut der Austrittsbriefe in die Gewerkschaftsbüros Aushilfskräfte einzustellen.

Viele Austrittserklärungen lauteten übereinstimmend: "Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich die Lebensmittelversorgung für alle Gewerkschafter katastrophal verschlechtert und zur gleichen Zeit hat die Preissteigerung uns neue schwere Lasten aufgebürdet. Trotzdem haben wir nicht das kleinste Zeichen dafür, dass die (Quisling-)Gewerkschaftsführer und der Gewerkschaftsbund den Wunsch oder die Möglichkeit haben, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Da ich erfahren habe, dass die gegenwärtigen Gewerkschaftsleiter die Absicht haben, Vertreter zum N.S. Riksting zu senden und so meine Mitgliedschaft zur Unterstützung einer Politik zu benutzen, die meiner innersten Ueberzeugung widerspricht, teile ich hierdurch mit, dass meine Mitgliedschaft mit dem heutigen Tage erlischt".

Die Protestaktion hatte einen vollen Erfolg. Quisling konnte am 25. IX. weder eine Arbeitsfront noch eine Korporative Kammer konstituieren.

(Für die Red.: Ueber das Ausmass der Austrittsbewegung liegen noch keine genauen Mitteilungen vor. Die Berichte des Osloer Korrespondenten der Schwedischen Telegraphenagentur (T.T.) geben wie üblich nur die offiziellen Osloer Quisling-Verlautbarungen wieder.)

Nazis gegen Norwegens Konsumgenossenschaften

(ITF) Die norwegischen Konsumgenossenschaften spielen im Wirtschaftsleben des Landes eine erhebliche Rolle. Sie versorgen (1939) mehr als ein Viertel der Bewohner und unterhalten bedeutende

Produktionsbetriebe. Bisher hatten sich die norwegischen Konsumgenossenschaften mit einigem Erfolg der Gleichschaltung widersetzen können; da ihr Verteilungsapparat in Kriegszeiten unentbehrlich ist, waren die deutschen Behörden gegen zu scharfes Vorgehen der Quislings. Am 10. August jedoch wurde das Zentralbüro des Genossenschaftsbundes von den deutschen Behörden geschlossen; die Lagerhäuser wurden beschlagnahmt. Quislings Arbeitsminister Lippestad und der Quisling-Gewerkschaftskommissar Fossum erschienen dann auf einer Vorstandssitzung des Genossenschaftsbundes und versprachen entgegenkommen der Behörden, unter den Bedingung, dass 2 Quislings in den Vorstand aufgenommen würden. Der Vorschlag wurde zurückgewiesen. - Ende September wurde Randolph Arnesen, der Sekretär des Genossenschaftsbundes, in Zwangs-Krankurlaub geschickt.

Laval betrügt Frankreichs Arbeiter

(ITF) Die Leiter der deutschen Kriegsmaschine sind nicht mehr so sehr an Landarbeitern und Hilfsarbeitern aus Westeuropa interessiert; die treiben sie in russischen Dörfern zusammen und zwingen sie, noch billiger zu arbeiten als die Zwangsarbeiter aus dem Westen. Westeuropa soll jetzt Spezialarbei-

ter liefern. Laval hat im Juni 1942 die Lieferung von 150.000 französischen Facharbeitern für deutsche Betriebe versprochen, gibt Radio Vichy jetzt (am 28.IX.) zu. Als Gegenleistung sagte Berlin zu, stets nach Abfahrt von 3000 französischen Spezialarbeitern 1000 Gefangene heimzusenden (Radio Vichy, 21.IX.). - Als die Werbung für Arbeiter in Deutschland begann, hat man den Arbeitern in offiziellen Regierungsflugblättern versichert, dass jeder Arbeiter, der nach Deutschland geht, einen Gefangenen befreie. "Relève", d.h. Ablösung, wurde die Werbung genannt. Allmählich sickerte die Wahrheit durch ja, der Eindruck entstand, dass überhaupt keine Gefangenen im Austausch freigelassen würden. Laval gab daher Einzelheiten über seinen Menschenhandelsvertrag offiziell bekannt. Jetzt ist die Lieferungsfrist beinahe abgelaufen. Nach dem 15.X. (sagte Radio Vichy am 28.IX.) werden keine Gefangenen mehr im Austausch freigelassen. Aber statt der versprochenen 150.000 haben sich (bis zum 24.IX.) nur 17.000 Facharbeiter nach Deutschland verschicken lassen. In Marseille wurden unter den nordafrikanischen Arbeitern grüne Werbeflugblätter für Deutschlandarbeit verteilt. Sie hatten keine Wirkung.

In letzter Minute begann Vichy mit neuen Versprechungen: Facharbeiter, die nach Deutschland gehen, erhalten von der französischen Regierung zu ihrem in Deutschland verdienten Lohn noch 50% des Verdienstes am bisherigen französischen Arbeitsplatz; die Familie erhält ausserdem Familienzulage; die Angehörigen brauchen während der Dauer des deutschen Arbeitsvertrages keine Schulden zurückzahlen. Da aber Vichy selbst ^{nicht} mehr glaubt, mit Versprechungen Freiwillige für Arbeit in Deutschland zu finden, griff es zu anderen Mitteln. In Paris wurden von 400 Jugendlehrwerkstätten 96 geschlossen und den Jugendlichen wurde empfohlen, nach Deutschland zu gehen. - Zum Arbeitspflichtgesetz wurden die Ausführungsbestimmungen erlassen - die Voraussetzung für eine Massendeportation. Der starken Opposition gegen dieses Gesetz erklärte Vichy, dass durch das Arbeitspflichtgesetz die Durchführung des berüchtigten Sauckeldekrets im besetzten Frankreich verhindert wurde. Durch das Sauckeldekret wären alle Betriebe im besetzten Gebiet deutscher Militärkontrolle unterstellt werden *) (Vichy-Radio, 26.IX.). //

Die stumme Front (ITF) In Frankreich wurden als Repressaille für die Tötung und Verwundung deutscher Soldaten 116 Geiseln erschossen und Massendeportationen durchgeführt (gab der deutsche Militärkommandant in Paris am 18.IX. bekannt).

Weil unter Leitung des jugoslawischen Kriegsministers kämpfende Partisanen (am 1.VIII.) 2 deutsche Soldaten getötet hatten, wurden, wie die Zagreber Polizei (Mitte September) mitteilt, 20 jugoslawische Geiseln, 19 Männer und 1 Frau erschossen. - Der Gemeindegemeinsekretär der jugoslawischen Stadt Irig, seine Frau und ein Lehrer wurden (Mitte September) hingerichtet, weil sie Gefangenen und Familien von Gefangenen Lebensmittelspenden zuleiteten.

Der finnische Leutnant Turtiainen und der Bibliothekar Halmgreen wurden als "Hochverräter" zu 4 bzw. 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt (meldet "Suomen Sosialidemokrati" am 20.IX.).

Das deutsche Sondergericht in Wloclawek verurteilte am 10.IX. 3 polnische Landarbeiter als Saboteure zum Tode. Die Arbeiter sollen ein Stück Eisen im Haecksel versteckt haben, sodass die Schneidemaschine schwer beschädigt wurde. - Drei Tote für ein Stück Eisen! - Zwei polnische Landarbeiter, die russischen Kriegsgefangenen bei der Flucht geholfen hatten, wurden in ihrem Heimatdorf gehängt (berichtet der "Ostdeutsche Beobachter" am 31. VIII.). Wegen Eisenbahnsabotage wurden in Krakau und Warschau 10 Polen zum Tode verurteilt (berichtet die in Budapest erscheinende polnische Zeitung "Wiesci Polski" am 2.VIII.).

In der oberschlesischen Industriestadt Oppeln wurden (im Juli) 2 Arbeiter eines Kriegsbetriebes als Saboteure hingerichtet (meldet die "Kattowitzer Zeitung" am 9.VIII.).

In Berlin wurden (am 18.IX.) der 34jährige J. Mohr und die 21jährige Gertrud Racaite als "Hochverräter" hingerichtet. Ebenfalls als "Hochverräter" hingerichtet wurden der 60jährige Emil Hirsch aus der norddeutschen Industriestadt Delmenhorst, der Münchner Goci und der 27jährige K. Göttig aus Kleinwenden (Sachsen) (berichtet die Lokalpresse am 20. bzw. 25.IX., bzw. 21.VIII.). - In Frankfurt a/M wurden (am 17.IX.) 7 "Hochverräter" hingerichtet: W. Klöppinger, O. Häuslein, A. Leis, E. German, A. Breitingen, W. Hugo und J. Nees (berichtet die Lokalpresse). - Der Berliner Korrespon-

Fortsetzung auf der Radiobeilage

*) Im veröffentlichten Text der Sauckelverordnung findet sich diese Bestimmung nicht. // Aber Vichy verschwieg, dass die früheren Anordnungen des Pariser Militärkommandanten in Kraft bleiben, die, mit Ausnahme des Deportationsparagrafen, alle Bestimmungen des Sauckeldekrets enthalten. z.T., wie bei der Erhöhung der Arbeitszeit, sogar darüber hinausgehen.

haben wir u.a.:

Internationale
Arbeitersolidarität

(ITF) F.H. Dalrymple, Präsident der amerikanischen Gummiarbeitergewerkschaft und Vizepräsident der C.I.O.-Gewerkschaftszentrale, sagte in einer Sendung von Brentwood: "Dieser Krieg hat

die amerikanische Arbeiterbewegung mehr als je zuvor an die Arbeiter anderer Länder zu denken gelehrt. Wir sehen, dass internationale Arbeitersolidarität nötig ist. Die Arbeiterschaft muss bei der Friedenskonferenz und beim Nachkriegsaufbau mitzureden haben... Protestanten, Katholiken, Juden, Weisse und Neger arbeiten in Fabriken zusammen und treffen sich in unseren Gewerkschaften, um die gemeinsame Sache zu besprechen. Wir arbeiten gemeinsam zum Besten Aller. Wir wollen, dass diese Art Zusammenarbeit noch dem Siege ausgedehnt wird... Die amerikanische Arbeiterschaft glaubt nicht, dass ein Sieg die Unterjochung des deutschen und italienischen Volkes bedeutet, sondern dass die Massen Deutschlands und Italiens den Vereinten Nationen helfen werden, den Endsieg zu erringen. Die Arbeiterbewegung wird dafür kämpfen, dass die Rechte der deutschen und italienischen Arbeitenden wiederhergestellt und respektiert werden".

Ein Vorbild für die
Arbeiter in Deutschland

(ITF) "Die Stimme aus Amerika", die Sendung, die täglich über den Atlantik Hörer in Deutschland erreicht, berichtete den deutschen Hörern, dass einer der Streikführer der Luxemburger Arbeiter ein Reichsdeutscher war. "Wir erhielten gestern Nachricht.., dass ein gewisser Heinrich Adam in Luxemburg hingerichtet worden ist... Er fühlte sich nicht als Vertreter der 'Herrenrasse'. Er wusste, dass die Solidarität der Arbeiter, dass die Gemeinschaft aller freiheitsliebenden Menschen im Kampfe gegen ihren Todfeind nicht an Landesgrenzen Halt machen darf. Er wusste, dass der Kampf gegen Hitler der gemeinsame Kampf aller Unterdrückten ist. Heinrich Adam ist in diesem Kampf gefallen. Doch er ist nicht umsonst gestorben. Denn er starb als Blutzuge für Deutschland. Als ein Zeuge, dass Hitler nicht Deutschland ist. Dass nicht jeder Deutsche ein Nazi ist. Die Hunderttausende, die Hitler in seinem Kriege opfert, fallen umsonst. Die Opfer des Kampfes gegen Hitler aber, die Märtyrer im Kampfe für die Freiheit fallen für Deutschland, für ein Deutschland, mit dem die Feinde Hitlers Frieden schliessen können. Die Kräfte, die in Deutschland selbst an dem Sturze Hitlers wirken, wie betrachten sie als Freunde. Und als Bundesgenossen. Als Bundesgenossen in unserem gemeinsamen Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind..." -

Heinrich Adams Vater war nach Luxemburg gezogen, der Sohn ging in eine Schule im Grossherzogtum. Die Ideen der freien Arbeiterbewegung, in die Heinrich Adam in Luxemburg hineingewachsen war, waren stärker als nazistische Propaganda.

Finnen verachten
norwegische Quislinge

(ITF) Konrad Nordahl, der Präsident der norwegischen Gewerkschaftszentrale, berichtete in einem Vortrag von London, dass Haakon Meyer, einer der Quislingkommissare der norwegischen Gewerkschaften,

kürzlich "zusammen mit seinem 'Führer' Odd Fossum nach Helsinki ging, um Verbindung zu den finnischen Gewerkschaften herzustellen. Trotz des finnisch-deutschen Bündnisses wollten die Finnen nichts mit diesen berüchtigten norwegischen Verrätern zu tun haben".

Fortsetzung von S. 159.

dent der schwedischen Zeitung "Dagens Nyheter" berichtet (am 13.IX.) die Hinrichtung eines Ehepaars aus Kassel, das ausländische Radionachrichten verbreitet hatte. Die Hingerichteten waren wegen "Hochverrats" vorbestraft.

Eine 23jährige Hausangestellte wurde in Kopenhagen zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt; sie hatte einen deutschen Deserteur versteckt und ein Fahrrad gestohlen (meldet "Nationaltidende" am 22.IX.).

In der österreichischen Industriestadt Graz wurden (Ende August) Mitglieder einer illegalen Organisation abgeurteilt; K. Drews, J. Neuholz und F. Weiss wurden zum Tode verurteilt. - In Salzburg wurden (Mitte September) die Wiener E. Frey und A. Wosihny, und E. Wesseley aus Dürnfelden als Hochverräter hingerichtet.

50 Luxemburger Familien wurden (am 21.IX.) nach Deutschland deportiert. Unter ihnen befinden sich 20 Arbeiter- und Angestelltenfamilien.

In Prag wurden (am 2.IX.) 3 Leiter einer illegalen tschechischen Organisation hingerichtet. 10 Tage später wurden 3 Hochverräter hingerichtet und 2 Hochverräter zum Tode verurteilt. 12 Tage darauf wurden weitere 10 tschechische Hochverräter hingerichtet.

Die Namen der meisten an der stummen Freiheitsfront Europas Gefallenen werden von den Henkern nicht bekanntgegeben.